

ZUR TÄTIGKEIT DER SLOWAKISCHEN ABGEORDNETEN IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN NATIONALVERSAMMLUNG (1918—1920)

Von Ladislav Lipscher

Die nach dem Ersten Weltkrieg gegründete Tschechoslowakische Republik ist durch Zusammenschluß zweier Teile mit ungleichartiger politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung, als staatsrechtliche Einheit entstanden. Der östliche Teil, der die Slowakei und die Karpaten-Ukraine umfaßte, gehörte vordem zum ungarischen Regnum Marianum, während Böhmen, Mähren und Schlesien einen wichtigen Bestandteil der österreichischen Kronländer bildeten. Eine Tradition des staatlichen Zusammenlebens beider Teile war nicht vorhanden. Die Bemühungen der damaligen führenden Politiker gingen dahin, vor allem alle Merkmale eines funktionsfähigen Staatswesens sichtbar zu machen. Dazu gehörte auch die Bildung einer Nationalversammlung als höchste gesetzgeberische Institution. Die außergewöhnlichen Umstände, unter welchen der neue Staat gegründet wurde, erlaubten es nicht, daß sofort alle Voraussetzungen, die zur Bildung eines auf demokratischer Grundlage beruhenden Volksvertretungsorganes führten, erfüllt werden konnten. Der Durchführung allgemeiner Wahlen auf dem Gebiete des ganzen Staates stellten sich fast unüberbrückbare Schwierigkeiten entgegen. Deshalb mußte nach einer Lösung gesucht werden, die es ermöglichte, die Zusammensetzung der Nationalversammlung wenigstens annähernd der Stärke der damaligen politischen Strömungen anzupassen. Dabei handelte es sich nur um die Vertretung der tschechischen und slowakischen Bevölkerung. In dieser Hinsicht schien die Lage in den böhmischen Ländern günstiger zu sein.

Noch vor der Gründung der selbständigen Tschechoslowakei wurde der Tschechische Nationalausschuß als ein revolutionäres Organ ins Leben gerufen, der mit der Erklärung am 13. Juli 1918 erstmals an die Öffentlichkeit trat. Der Nationalausschuß setzte sich ausschließlich aus Vertretern der tschechischen politischen Parteien zusammen¹. Nach der Unabhängigkeitserklärung der Tschechoslowakischen Republik setzte sich der Nationalausschuß vorerst aus 39 Mitgliedern zusammen, von denen nur Dr. Šrobár ein Slowake war. Die Zahl der Mitglieder des Nationalausschusses erhöhte sich allmählich auf 254. Am 14. November 1918 konstituierte sich der erweiterte Nationalausschuß zur revolutionären National-

¹ Auf Antrag des bekannten tschechischen Politikers Švehla wurde die Zahl der Vertreter der einzelnen tschechischen Parteien auf Grund der Ergebnisse der Wahlen zum Wiener Reichsrat, die im Jahre 1911 stattfanden, festgestellt. Národní shromáždění československé v prvním roce republiky [Die tschechoslowakische Nationalversammlung im ersten Jahr des Bestehens der Republik]. Prag 1919, S. 61.

versammlung. Der Slowakei wurden ursprünglich 40 Abgeordnetensitze zugesprochen. Vor der Ernennung der slowakischen Vertreter, mußte noch eine wichtige Frage, nämlich die der parteipolitischen Verteilung, bereinigt werden. Die Verwirklichung dieses Vorhabens war mit ziemlichen Schwierigkeiten verbunden. Diese ergaben sich aus historisch bedingten Umständen, daraus nämlich, daß in der Slowakei, als ehemaligem Bestandteil Ungarns, ein System der politischen Parteien im modernen Sinne des Wortes nicht bekannt war. Die einzige Slowakische Nationalpartei konnte eher als politische Bewegung gewertet werden. Außerdem gab es nur wenige nationalbewußte slowakische Politiker, die auf eine parlamentarische Tätigkeit zurückblicken konnten². Ausgehend von der bestehenden Situation, wurde die Ernennung der slowakischen parlamentarischen Vertreter dem bevollmächtigten Minister für die Slowakei, Dr. Šrobár, überlassen. Eine Ausnahme bildeten Dr. Blaho und Dr. Juriga, die letzten rechtmäßig gewählten slowakischen Vertreter im ungarischen Abgeordnetenhaus, sowie M. Dula, der Vorsitzende der Slowakischen Nationalpartei, die kraft ihrer früher ausgeübten Funktionen zu parlamentarischen Vertretern bestellt wurden. Die slowakischen parlamentarischen Vertreter, ohne Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit, schlossen sich zu einer Fraktion zusammen, die unter dem Namen Klub der slowakischen Abgeordneten (im weiteren Klub) bekannt wurde. Diese eigenartige Lösung begründete man offiziell damit, daß durch die vorgenommene Konzentration der politischen Kräfte die slowakischen Interessen wirkungsvoller zu vertreten und durchzusetzen seien, zumal ein ausgeprägtes System politischer Parteien in der Slowakei nicht vorhanden war.

Bald erkannte man, daß die Zahl der slowakischen Abgeordneten vollständig unzureichend war. Sie entsprach weder der slowakischen Bevölkerungszahl, noch war sie imstande, die derzeitigen slowakischen politischen Strömungen angemessen zu vertreten. Auf Anregung des Klubs nahm die Nationalversammlung das Gesetz Z. 138/1919 SdGuV an, laut welchem die Gesamtzahl der Abgeordneten von 256 auf 270 erhöht wurde. Die sich daraus ergebene Erhöhung von 14 Mandaten teilte man vollzählig dem Klub zu. Die Mitgliederzahl des Klubs hatte sich allmählich auf 53 Abgeordnete festgesetzt. Infolge von Rücktritten und Abberufungen kam es zu fortwährenden Veränderungen in seiner Zusammensetzung, wodurch der Mitgliederstand des Klubs allmählich die Zahl 69 erreichte. Der Nationalität nach waren davon 57 Mitglieder Slowaken und 12 Tschechen. Die Tatsache, daß dem Klub auch Abgeordnete tschechischer Nationalität angehörten, verlangt eine nähere Erläuterung. Zwei Gründe wurden dafür angeführt.

Eine Gruppe dieser Abgeordneten, bestehend aus F. Benda, Dr. Hálek, Dr. Halla, J. Cholek, Dr. Vlček und F. Votruba, war durch ihre Tätigkeit dauernd mit der Slowakei verbunden. Bei ihrem Auftreten auf dem Boden der Nationalversammlung hatte sie ihre Aufmerksamkeit ausschließlich den slowakischen Problemen zugewandt. Die Abgeordneten Dr. Kolísek, R. Pilát, Dipl. Ing. Rotnág,

² Von den 40 ernannten slowakischen Abgeordneten waren nur sechs, nämlich Dr. Blaho, Dr. Bella, Dr. Hodža, Dr. Ivánka, Dr. Juriga und Dr. Jehlička, Mitglieder des ungarischen Abgeordnetenhauses.

Dipl. Ing. Zaruba-Pfeffermann, Alice Masaryk und Dr. Beneš wurden mehr aus emotionalen Gründen denn aus politischer Notwendigkeit zu Klubmitgliedern. Ihre politische Eingliederung sollte der Manifestation der tschechoslowakischen Einheit dienen, deren engagierte Verfechter sie bereits vor der Gründung der Republik gewesen waren. In diesem Zusammenhange muß noch eine weitere Tatsache, auf die der Abgeordnete Pilát hinwies, erwähnt werden. „Da es in der Zeit der Gründung des Nationalausschusses (Sommer 1918) den Slowaken nicht möglich war, ihre Vertreter aus der Slowakei dorthin zu entsenden, wurden auf Grund einer getroffenen Vereinbarung für die Slowakei einige Mitglieder und Ersatzmänner aus den Reihen der hiesigen tschechoslowakischen Mitarbeiter [aus Prag] ernannt. Diese wurden dann Mitglieder der revolutionären Nationalversammlung, wo sie im Rahmen des Slowakischen Klubs ihre weitere Tätigkeit bis zu den Wahlen entfalteten³.“

Zwecks Beurteilung der persönlichen Zusammensetzung des Klubs muß noch ein weiteres Merkmal, nämlich die Konfession der slowakischen Mitglieder, erwähnt werden, da ihr in diesem Falle eine besondere politische Bedeutung zukommt. Von den 57 slowakischen Abgeordneten waren 28 Protestanten, 24 Katholiken und fünf gaben keine Konfession an.

Nach dieser kurzen Erläuterung der persönlichen Aspekte des Klubs soll jetzt auf seine Charakteristik, d. h. seine Tätigkeit und seinen Platz im Rahmen des Organisationsschemas der Nationalversammlung näher eingegangen werden. Ähnlich wie schon im Wiener Reichsrat schlossen sich auch in der Prager Nationalversammlung die Abgeordneten der einzelnen politischen Parteien in parlamentarischen Klubs zusammen. Die einzige Ausnahme bildete der Klub der slowakischen Abgeordneten, dessen Bildung nicht auf parteipolitische Aspekte, sondern auf die gleiche Nationalität der Mitglieder zurückzuführen war. Diese Eigenartigkeit der Bindung hatte entscheidende Auswirkungen nicht nur auf die Stellung des Klubs innerhalb der Nationalversammlung, sondern auf seine gesamte Tätigkeit. Die Arbeit des Klubs wurde dadurch sehr erschwert, daß die Mitglieder in erster Linie die Interessen ihrer eigenen Parteien und politischen Strömungen verfochten. Deshalb waren bei der Absprache der einzelnen Fragen fortwährend gegenseitige Zugeständnisse und Kompromisse unumgänglich.

Die Organisationsform der slowakischen parlamentarischen Vertretung hatte bei der Lösung einiger grundsätzlicher Fragen auch positive Auswirkungen.

Zwecks Entfaltung seiner Funktionsfähigkeit war es für den Klub notwendig, sich eine Rechtsgrundlage zu schaffen. Diese Frage wurde anlässlich der Sitzung des Klubs am 19. November 1918 sorgfältig erwogen, worauf der Abgeordnete Rotnágľ mit der Ausarbeitung eines Statutenentwurfes betraut wurde. Dieser wurde dann anlässlich der nächsten Sitzung, die am 28. November 1918 stattfand, angenommen⁴. Die Stellung des Klubs wurde in der Bestimmung des § 1

³ Kniha československé jednoty. Památce našich mrtvých. Anketa Češi na Slovensku po převratu [Das Buch der tschechoslowakischen Einheit. Zum Andenken an unsere Toten. Zur Umfrage der Tschechen in der Slowakei nach dem Umsturz]. Prag 1925, S. 137.

⁴ ANS, RNS — Slovenský klub; Rotnágľův sborník [Sammelband für Rotnágľ]. Prag 1935, S. 168.

folgendermaßen festgesetzt: „Der Slowakische Klub ist der Nachfolger der revolutionären Vertretung der Slowaken, des Slowakischen Nationalrates (Slovenská národná rada)⁵. Er vertritt in der Nationalversammlung die Interessen des slowakischen Volkes und betrachtet sich bis zur Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung als rechtmäßiger politischer Repräsentant der Slowakei⁶.“ Die Hervorhebung der Tatsache, daß der Klub sich als Nachfolger des Slowakischen Nationalrates betrachtete, war von besonderer Bedeutung. Durch diese Feststellung sollte der revolutionäre Ursprung dieses Organes behandelt und seine Organisationsform, die auf der Basis der formalen Vereinigung aller parlamentarischen Vertreter der Slowakei aufgebaut war, begründet werden. Die Statuten trugen auch zur Regelung des inneren Lebens des Klubs bei. Ordnungsgemäß wurde die Wahl der einzelnen Funktionäre durchgeführt. Zum ersten Vorsitzenden wählte der Klub den Abgeordneten Dula. Nach seiner Resignation vom 9. Juli 1919 wurde er durch den Abgeordneten Houdek ersetzt. Außer den ordentlichen Mitgliedern des Klubs, zu denen automatisch alle Abgeordneten gehörten, wurden laut Statuten auch außerordentliche Mitglieder ernannt. Zu diesen zählten einige hohe Staatsbeamte, die von Fall zu Fall als Berater zugezogen wurden.

Der Klub war in verschiedenen Gremien der Nationalversammlung vertreten. Anlässlich der ersten Sitzung am 14. November 1918 wählte man den slowakischen Abgeordneten Bella zum Stellvertreter des Vorsitzenden der Nationalversammlung. Nach seiner am 11. Juli 1919 erfolgten Resignation trat der Abgeordnete Dula an seine Stelle. Der Klub entsandte seine Mitglieder auch in die einzelnen Parlamentsausschüsse. Unter diesen nahm der Ausschuß für slowakische Angelegenheiten eine besondere Stellung ein. Der Wirkungskreis dieses Ausschusses, wie schon sein Name besagt, erstreckte sich auf die Regelung der Fragen, die mit der staatsrechtlichen Lage der Slowakei verbunden waren. Es ist nicht feststellbar, ob sich dieser Ausschuß aktiv für die Lösung dieser Fragen einsetzte. Es ist anzunehmen, daß seine Gründung im Dezember 1918 vor allem dazu diente, die Wichtigkeit der Slowakei als integrierender Bestandteil der Republik zu unterstreichen. In dieser Zeit nämlich konnte die staatsrechtliche Lage der Slowakei bei weitem noch nicht als konsolidiert betrachtet werden.

Die Bildung der einzelnen Regierungen beruhte während der Existenz der Republik fast ausschließlich auf dem Koalitionsprinzip. Der Klub war während der ganzen Zeit seines Bestehens ein festes Glied der jeweiligen Koalitionen und war demzufolge an der Regierungsarbeit beteiligt. In der ersten Regierung, die sich unter dem Vorsitz von Dr. Kramář bildete und 16 Mitglieder zählte, gab es nur einen slowakischen Minister, nämlich Dr. Šrobár⁷. Diese Regierung, in der alle

⁵ Der Slowakische Nationalrat wurde anlässlich des Zusammentreffens führender slowakischer Politiker in Budapest am 12. September 1918 gegründet. Dieser sollte eine ähnliche Rolle spielen wie der am 13. Juli 1918 ins Leben gerufene Nationalausschuß der böhmischen Länder.

⁶ ŠSÚA, Slovenská národná rada 1918—1920, Karton Nr. 4.

⁷ Der zweite slowakische Vertreter in der Regierung, General Dr. Štefánik, wurde zum Kriegsminister ernannt, jedoch verhinderte sein frühzeitiger Tod die Übernahme des Regierungspostens.

politischen Parteien und Gruppierungen vertreten waren, blieb nicht lange im Amt. Bald kam es zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen den sozialistischen Parteien und den Nationaldemokraten (der Partei des Ministerpräsidenten Dr. Kramář). Die Gemeindewahlen, die am 15. Juni 1919 stattfanden, endeten mit einem durchgreifenden Erfolg der sozialistischen Parteien. Die Nationaldemokraten wurden von ihrer Stellung als eine der führenden Kräfte des politischen Lebens der böhmischen Länder zurückgedrängt. Aber auch die tschechischen klerikalen Parteien konnten die Stellung, welche sie vor den Wahlen eingenommen hatten, nicht behaupten. Die Bildung einer neuen Regierung war unumgänglich. Schon während der politischen Vorbesprechungen stellte sich klar heraus, daß die Vertreter der Nationaldemokraten und der tschechischen Klerikalen die Plätze der Opposition in der Nationalversammlung einnehmen würden. Der Wechsel von beiden ehemaligen Koalitionspartnern in die Opposition stärkte unumgänglich die Position des Klubs bei den bevorstehenden Verhandlungen, die zur Bildung einer neuen Regierung führen sollten. Einige zahlenmäßige Angaben veranschaulichen dies.

Es war vorauszusehen, daß die Sozialdemokraten, die tschechischen Sozialisten mit der Agrarpartei, die zusammen über 138 von insgesamt 270 Sitzen in der Nationalversammlung verfügten, den Kern der neuen Koalitionsregierung bilden würden. Das war eine knappe Mehrheit. Der Klub besaß 53 Abgeordnete. Durch seine Teilnahme an dieser Koalition hätte sich die Regierung auf eine entscheidende Mehrheit von 191 Sitzen stützen können. Diese Berechnungen zeigten eindeutig, daß der Klub durchaus imstande war, eine wichtige Rolle im damaligen politischen Leben zu spielen. Im Mittelpunkt der Besprechungen des Klubs mit den zukünftigen Koalitionspartnern standen zwei Hauptfragen. Erstens ging es darum, die Zahl der dem Klub zufallenden Ministerposten festzulegen. Von der Tatsache ausgehend, daß ein Viertel der Gesamtzahl aller Abgeordneten der zukünftigen Koalition Repräsentanten des Klubs waren, forderte dieser vier von insgesamt 15 Ministerposten. Er machte seinen Anspruch auf die Ressorts für Justiz, Sozialfürsorge, Landwirtschaft und Volksernährung geltend. Das Ministerium für die Slowakei sollte selbstverständlich durch einen Vertreter des Klubs verwaltet werden. Der Klub zeigte großes Interesse namentlich am Justizministerium, in dessen Kompetenz ursprünglich die Unifikation der Rechtsordnung liegen sollte.

Eine der angesehensten slowakischen Zeitungen berichtete folgendes über den Eindruck, den die Ansprüche des Klubs im tschechischen Lager hinterließen: „Die slowakische Forderung war keine angenehme Überraschung für die Prager Parteikreise, denn sie haben sich noch nicht daran gewöhnen können, uns als politischen Faktor anzuerkennen⁸.“

Nach länger andauernden, geheim geführten Verhandlungen mit seinen Partnern beriet der Klub in den Sitzungen, die am 25. Juni und 8. Juli 1919 stattfanden, über den Stand der bisherigen Ergebnisse. Zugleich setzte er die Forde-

⁸ Zmeny vo vláde a Slováci [Die Veränderungen in der Regierung und die Slowaken]. Slovenský denník, 1. 7. 1919, Nr. 137.

rung fest, von deren Erfüllung seine Teilnahme an der Regierung abhängig gemacht wurde⁹. Außer der schon erwähnten Bedingung das Ministerium betreffend, erhob er Anspruch auf Errichtung einer besonderen Abteilung für slowakische Angelegenheiten in jedem der Ressorts, an dessen Spitze ein Staatssekretär oder Sektionschef stünde. Dieser Posten sollte nur nach Absprache mit dem Klub oder dem Minister für die Slowakei besetzt werden.

Die zweite Hauptfrage, die den Klub außerordentlich beschäftigte, war die Festlegung des zukünftigen Regierungsprogrammes. Der Klub war mit den vom sozialistischen Block vorgelegten Anträgen über die Notwendigkeit einer Durchführung der Bodenreform¹⁰ und der Erhebung zwecks späterer Enteignung der Gruben, Bergwerke und großen Unternehmen grundsätzlich einverstanden. Die Einstellung des Klubs ist umso überraschender, als die Vertreter der bürgerlichen Parteien die Mehrheit bildeten. Eine Erklärung dafür ist in der Tatsache zu finden, daß die Verwirklichung dieser Forderungen keine ungünstigen Auswirkungen auf das slowakische Bürgertum und die Bauernschaft haben würde. Von offizieller slowakischer Seite wurde dazu folgender Kommentar gegeben: „Die Slowaken haben nicht die mindeste Ursache, den gräflichen Besitz vor der Parzellierung, die Bergwerke und große Unternehmen vor der teilweisen Verstaatlichung zu schützen. Die Slowaken haben weder eigene Großgrundbesitzer noch eine eigene Großindustrie — der Slowakische Klub will die Rechte und die Interessen des Volkes wahren¹¹.“ Der Klub brachte noch weitere Ansprüche vor, die er gerne erfüllt haben wollte. Um nur die wichtigsten zu nennen: Es ging vor allem darum, die Gemeindewahlen in der Slowakei nicht vorzeitig und die Parlamentswahlen nicht gleichzeitig auf dem ganzen Gebiete des Staates durchzuführen; die Entscheidung über das Datum der Gemeindewahlen dem Klub zu überlassen; die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche dem gewählten Parlament zu überlassen. Diese Forderungen standen in Widerspruch zu der sich anbahnenden Grundrichtung der politischen Entwicklung, die durch stark aufkommende Demokratisierungstendenzen gekennzeichnet war. Andererseits bemühte sich der Klub um die Erfüllung von Forderungen, die sich auf jeden Fall positiv nicht nur auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, sondern auch auf die allgemeine politische Konstellation der Slowakei auswirken würden. Vor allem muß erwähnt werden, daß er der Regierung nahegelegt hatte, wirkungsvolle Schritte für den Aufbau neuer Industrieanlagen zu unternehmen, die zugleich eine Herabsetzung der Arbeitslosigkeit zur Folge hätten.

Die neugebildete Regierung wurde am 8. Juli 1919 vom Präsidenten der Republik ernannt. Obwohl der Klub in der neuen Koalition eine Schlüsselposition

⁹ ŠSÚA, Slovenská národná rada 1918—1920, Karton Nr. 4; Slovenský denník, 28. 6. 1919, Nr. 135.

¹⁰ In dieser Hinsicht forderte der Klub, daß der enteignete Boden den kleinen Landwirten zugeteilt würde, anstatt ihn der vorübergehenden Verwaltung des Staates zu übergeben, wie dies vom sozialistischen Block beantragt wurde. Kríza [Die Krise]. Slovenský denník, 18. 3. 1919, Nr. 53.

¹¹ Zmeny vo vláde a Slováci [Die Veränderungen in der Regierung und die Slowaken]. Slovenský denník, 1. 7. 1919, Nr. 137.

einnahm, kam diese Tatsache bei der Besetzung der Ministerposten nicht zum Ausdruck. Unter den ernannten 15 Regierungsgliedern befanden sich nur zwei Slowaken. Dr. Šrobár wurde abermals zum Leiter des Ministeriums für die Slowakei berufen, und die Leitung des Ressorts für Volksernährung wurde dem Abgeordneten Houdek übertragen. Es muß noch hinzugefügt werden, daß der bekannte slowakische Politiker Dr. Hodža am 6. Dezember 1919 zum Chef des neuengerichteten Ministeriums für die Unifizierung der Gesetzgebung und Organisation der Verwaltung ernannt wurde¹². Somit hatte der Klub vorübergehend drei Vertreter in der Regierung, jedoch war dieser Zustand nicht von langer Dauer. Am 30. März 1920 ersetzte der Angehörige der tschechischen Agrarier, K. Sonntag, den Slowaken Houdek in der Funktion des Chefs des Ressorts für Volksernährung. Die Zahl der slowakischen Vertreter war wieder auf zwei gesunken.

Es könnte den Anschein erwecken, als ob der Klub seine rechtmäßigen Forderungen nicht mit genügendem Nachdruck durchzusetzen wagte und vorzeitig resignierte. Eine derartige Interpretation stellt eine Vereinfachung dar, obwohl auch dieses Motiv nicht außer acht gelassen werden kann. Unter normalen Verhältnissen, wenn eine politische Partei eine ihrer Stärke angemessene Vertretung in der Regierung nicht durchsetzen kann, bietet sich ihr die Möglichkeit, ihre Teilnahme rückgängig zu machen. Ein derartiges Vorgehen des Klubs hätte für das internationale Ansehen des neuen Staates sicherlich sehr schädliche Nachwirkungen gehabt. Dieser Schritt konnte auch aus innenpolitischen Erwägungen nicht unternommen werden, denn als Folge davon wäre praktisch die gesamte slowakische Repräsentanz aus dem gesamtstaatlichen, öffentlichen Leben ausgeschieden. Eine derartige Entscheidung hätte der Slowakei mehr Schaden als Nutzen gebracht.

Die Erfolglosigkeit der Bemühungen des Klubs wurde auch mit diesem Argument begründet: „Die Position des Klubs ist auch durch den Umstand geschwächt, daß es unmöglich ist, die Stärke der hinter ihm stehenden politischen Kräfte abzuschätzen¹³.“ Dieses Argument, wenn auch nicht ganz klar formuliert, bezog sich keineswegs auf die Anzahl der slowakischen Abgeordneten, sondern damit wurde auf die Unzulänglichkeit seiner politischen Zusammensetzung hingewiesen, die den gegebenen Verhältnissen nicht entsprach. Ähnlich wie in den böhmischen Ländern, wo die Gemeindewahlen einen starken Linkskurs andeuteten, wurde diese Entwicklung in der Slowakei noch in stärkerem Maße spürbar. Demgegenüber saßen im Klub nur 12 Sozialdemokraten. Aus der Sicht des tschechischen sozialistischen Blocks, dem die Sozialdemokraten, tschechische Sozialisten und einige Splittergruppen angehörten, galt der Klub als bedeutende Stütze der bürgerlichen Parteien in der Regierung und im Parlament.

Das gemeinsame Auftreten der slowakischen Abgeordneten in der Nationalversammlung bedeutete noch keineswegs eine Einheit der politischen Überzeugung, sondern nur, daß sie den gemeinsamen Standpunkt, der im Klub angenom-

¹² Stenographischer Bericht von der 96. Sitzung der Nationalversammlung, 10. 12. 1919.

¹³ Slovenský denník, 11. 7. 1919, Nr. 146.

men worden war, vertraten. Die Entfaltung des Parteipluralismus in der Slowakei, welche die aus den böhmischen Ländern eindringenden politischen Strömungen noch vertieften, war sehr schnell vorangeschritten.

Am 19. Dezember 1918 wurde die klerikale Slowakische Volkspartei gegründet¹⁴ und am 25. Dezember 1918 hielten die slowakischen Sozialdemokraten ihren Parteitag ab¹⁵.

Der Beginn der Tätigkeit beider Parteien stellte die Notwendigkeit der Gründung einer liberal-bürgerlichen politischen Partei in den Vordergrund. Nach den Worten des Initiators dieses Vorhabens, Dr. Šrobár, sollte sie eine mäßig progressive Politik verfolgen und unter der Landbevölkerung Fuß fassen¹⁶. Vorerst wurde der Versuch unternommen, die Slowakische Nationalpartei zum Integrationskern der neu zu gründenden Partei zu machen. Von einer Verwirklichung dieser Pläne wurde bald Abstand genommen, da es sich zeigte, daß die Führung der Nationalpartei außerstande war, sich von dem eingewurzelten Konservatismus loszusagen und eine Taktik zu wählen, mit der sie sich innerhalb der slowakischen Bauernschaft hätte durchsetzen können. Das Endergebnis dieser Bestrebungen slowakisch liberal-bürgerlicher Kreise war die Gründung der Nationalrepublikanischen Bauernpartei (Národná republikánska strana roľnícka) am 14. September 1919¹⁷. Die Vertreter der Nationalpartei, der Volkspartei und der Nationalrepublikanischen Bauernpartei traten am 12. November 1919 zu Besprechungen zusammen¹⁸. Der Versuch war nur teilweise erfolgreich. Die Slowakische Nationalpartei und die Nationalrepublikanische Bauernpartei schlossen sich zusammen und gründeten die Slowakische National- und Bauernpartei.

Das politische Leben in der Slowakei geriet in Bewegung. Die etablierten politischen Parteien der böhmischen Länder versuchten ihre Tätigkeit auf die Slowakei auszudehnen. Als erste meldete sich die Tschechische sozialistische Partei, die nach Aufnahme ihrer Tätigkeit in der Slowakei die Bezeichnung „Tschechoslowakische“ annahm¹⁹.

Selbstverständlich mußte die Gründung der einzelnen Parteien unvermeidliche Konsequenzen auf die politische Orientierung der slowakischen Abgeordneten haben. In bezug auf die Parteizugehörigkeit sah die Zusammensetzung des Klubs folgendermaßen aus: Slowakische National- und Bauernpartei 39, Slowakische sozialdemokratische Partei 12, Slowakische Volkspartei 8, Tschechische sozialistische Partei 1, Nationaldemokratische Partei 1, slowakische Abgeordnete ohne Parteizugehörigkeit 2²⁰, tschechische Abgeordnete, die keiner slowakischen Partei angehörten, 6.

¹⁴ Aus der offiziellen Ankündigung durch den Abgeordneten Dr. Kmeťko in der Nationalversammlung. Stenographischer Bericht von der 15. Sitzung, 10. 1. 1919.

¹⁵ Robotnícke noviny [Arbeiterzeitung], 8. 1. 1919, Nr. 2.

¹⁶ Šrobár, V.: Osvobodené Slovensko. Pamäti z rokov 1918—1920 [Die befreite Slowakei. Erinnerungen aus den Jahren 1918—1920]. Bd. 1. Prag 1928, S. 421.

¹⁷ Slovenský denník, 16. 9. 1919, Nr. 201.

¹⁸ Národné noviny [Nationalzeitung], 14. 11. 1919, Nr. 261.

¹⁹ Am 26. Mai 1919 fand in Preßburg die Gründungs-Vollversammlung dieser Partei statt. Slovenský denník, 27. 5. 1919, Nr. 110.

²⁰ In der erwähnten Zeit waren Dr. Juriga und K. A. Medvecký noch keiner politischen

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung erscheint es angebracht, den Versuch zu machen, eine nicht unwichtige Frage zu beantworten. Es handelt sich darum herauszufinden, warum der Klub, trotz fortschreitender politischer Differenzierung, in seinem Vorgehen auf parlamentarischem Boden seine einheitliche Linie weiterhin verfolgte und bewahrte. Zwecks Beantwortung dieser Frage ist es notwendig, nach denjenigen Kräften zu forschen, die als wirkungsvollste Verfechter der Erhaltung dieser Einheit hervortraten.

Es entstand die paradoxe Situation, daß gerade die slowakischen Sozialdemokraten zu den entschiedensten Befürwortern der einheitlichen parlamentarischen Repräsentanz der slowakischen Bevölkerung wurden, obwohl sie keine entsprechende Vertretung besaßen. Die führende Persönlichkeit der slowakischen Sozialdemokraten, Dr. Dérer, begründet diese Einstellung wie folgt: Die Gruppe der sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn sie auch eine Minderheit darstellte, zeichnete sich durch einheitliches, zielbewußtes und konsequentes Vorgehen aus, was ihr ermöglichte, die Lage im Klub zu beherrschen. Daraus folgte, daß der Klub sich in allen grundsätzlichen Fragen den Standpunkt der Sozialdemokraten zu eigen machte. Ohne die Präsenz der Sozialdemokraten, fuhr Dr. Dérer fort, hätte sich der Klub zu einer Stütze der Reaktion entwickelt²¹.

Die so formulierte Begründung kann nicht ohne weiteres übernommen werden. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Sozialdemokraten im politischen Kampf erprobte Politiker in ihrer Mitte hatten und als einzige der slowakischen politischen Bewegungen schon auf fester Grundlage organisiert waren. Es ist noch erwähnenswert, daß einer der Stellvertreter des Klubobmannes, der sozialdemokratische Abgeordnete Cholek, ein erfahrener und sehr rühriger Politiker war, der die Mehrheit der Klub Sitzungen führte²². Es entspricht den Tatsachen, daß die Annahme mehrerer progressiver Gesetzentwürfe durch den Klub erst nach entscheidendem Eingreifen der Sozialdemokraten zustande kam. Als markantestes Beispiel dafür ist der Verlauf der Beratungen zu nennen, die den Gesetzentwurf über die Wahlordnung für die Nationalversammlung betrafen.

Andererseits muß aber erwähnt werden, daß die slowakischen Sozialdemokraten oft gezwungen waren, von ihrer progressiven Position Abstand zu nehmen, weil sie schließlich eine Minderheit im Klub darstellten und dazu noch in der Überzeugung handelten, daß es notwendig sei, den Klub um jeden Preis am Leben zu erhalten. Eine solche Situation ergab sich bei der Beratung der sehr relevanten Frage um die Trennung des Staates von der Kirche. In diesem Fall gaben

Partei beigetreten. Die Entscheidung fiel erst später. Dr. Juriga wurde Abgeordneter der Slowakischen Volkspartei und K. A. Medvecký hatte sich der Tschechoslowakischen Volkspartei angeschlossen. Sidor, K.: Slovenská politika na pôde pražského snemu (1918—1938) [Die slowakische Politik im Prager Parlament]. Bd. 1. Preßburg 1943, S. 101—102. — Medvecký, K. A.: Z mojich rozpomienok k šesťdesiatinám [Aus meinen Erinnerungen zum 60. Geburtstag]. Tyrnau 1935, S. 162.

²¹ Dérer, I.: Slovensko v prevrate a po ňom [Die Slowakei im Umsturz und danach]. Preßburg 1924, S. 38.

²² Súdruh Jozef Cholek 50. ročný [Genosse Josef Cholek 50jährig]. Robotnícke noviny, 16. 9. 1923, Nr. 210.

die Sozialdemokraten aus eigenem Entschluß den Kampf um eine dem damaligen Kräfteverhältnis entsprechende Vertretung auf²³.

Großes Interesse an der Erhaltung der Einheit des Klubs zeigten auch Dr. Šrobár und seine politischen Freunde²⁴. Dr. Šrobár verbarg seine Pläne nicht, die dahin tendierten, eine führende Rolle in einer starken slowakischen politischen Bewegung einzunehmen. Auch die Slowakische Nationalpartei war für die Erhaltung der Einheit²⁵. In dieser Frage herrschte eine seltsame Übereinstimmung zwischen den einzelnen Parteien, wenn auch bei jeder verschiedene Beweggründe ausschlaggebend waren.

Angesichts des Umstandes, daß der Klub die bedeutendste Rolle im damaligen politischen Leben der Slowakei spielte, unterschied sich der Rahmen seiner Tätigkeit von anderen ähnlichen Institutionen. Das wirkte sich dahingehend aus, daß neben seinem Hauptwirkungskreis — der Ergreifung der gesetzgeberischen Initiative und der Teilnahme an der Verabschiedung von Gesetzentwürfen — der Klub auch maßgeblich an der Lösung von Fragen mitarbeitete, die normalerweise mit seiner Tätigkeit nicht direkt zusammenhingen. In den Sitzungen wurden vor allem Probleme des Aufbaues und der Organisation des Verwaltungsapparates der Slowakei besprochen, die in dieser Zeit eine Schlüsselstellung einnahmen. Es ging hauptsächlich darum, das geeignetste Modell für die Organisation der Zivilverwaltung zu finden. Es sollte der gegebenen Situation — einige Teile der Slowakei waren noch nicht in den neuen Staat integriert — Rechnung tragen. Die größte Aufmerksamkeit rief der vom Abgeordneten Dr. Ivánka vorgelegte Entwurf hervor²⁶. Grundsätzlich ging es um den Aufbau der Zivilverwaltung, die später durch die Errichtung des Ministeriums für die Slowakei verwirklicht wurde.

In den späteren Sitzungen wurden die unhaltbaren Verhältnisse im Ministerium für die Slowakei beraten. Nach heftigen Diskussionen nahm der Klub den Entschluß an, die Machtbefugnisse des Ministeriums teilweise zu schmälern²⁷.

Das Hauptaugenmerk der slowakischen Abgeordneten richtete sich selbstverständlich auf ihr eigenes Betätigungsfeld, auf die parlamentarische Arbeit. Den Höhepunkt der legislativen Arbeiten in dieser Zeitspanne bildete die Annahme der sechs Gesetzentwürfe, die die Regierung der Nationalversammlung zwecks

²³ Aus dem Sitzungsprotokoll des Klubs vom 1. Dezember 1918 ist folgendes zu ersehen. Der Abgeordnete Dr. Medvecký berichtete, daß die Verteilung der dem Klub zusätzlich zugewiesenen Mandate im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung auf heftigen Widerstand gestoßen war. Die Vertreter der tschechischen sozialistischen Parteien forderten, daß den slowakischen Sozialdemokraten eine bedeutend höhere Anzahl Mandate zugeteilt werde. Der Abgeordnete Lehotský (slow. Sozialdemokrat) sollte die tschechischen sozialistischen Parteien davon überzeugen, daß die slowakischen Sozialdemokraten mit den zugeteilten Abgeordnetensitzen zufrieden seien. ANS, RNS — Slovenský klub.

²⁴ Sitzungsprotokoll des Klubs vom 19. 11. 1918. ANS, RNS — Slovenský klub.

²⁵ Slováci a nová vládna koalícia [Die Slowaken und die neue Regierungskoalition]. Národné noviny, 3. 7. 1919, Nr. 150. — Vo veci Slovenskej národnej strany [In Sache der Slowakischen Nationalpartei]. Národné noviny, 17. 7. 1919, Nr. 162.

²⁶ Sitzungsprotokoll vom 30. 11. 1918. ANS, RNS — Slovenský klub.

²⁷ ŠSÚA, Slovenská národná rada 1918—1920, Karton Nr. 4, Schriftstück Nr. 140. — Úfajme nápravu [Wir hoffen auf Besserung]. Robotnícke noviny, 13. 11. 1919, Nr. 120.

weiterer Behandlung und Verabschiedung vorlegte, und zwar: die Verfassung, das Gesetz, das die Grundsätze des Sprachrechtes festlegte, das Gesetz betreffend die Wahlordnung für das Abgeordnetenhaus, das Gesetz über Zusammensetzung und Machtbefugnisse des Senats, das Gesetz über das Wahlgericht und schließlich jenes über die Schaffung der Gau- und Bezirksämter. Nachdem die Regierung alle angeführten Gesetzentwürfe zur gleichen Zeit vorgelegt hatte, wurde die Debatte in der Nationalversammlung gemeinsam geführt. Begreiflicherweise konzentrierte sich das größte Interesse auf den Gesetzentwurf, der die zukünftige Verfassung beinhaltete. Wie vorauszusehen war, stand auch die Frage der staatsrechtlichen Stellung der Slowakei im Mittelpunkt der vielen Diskussionen und Auseinandersetzungen, die im Rahmen des Klubs stattfanden. Der Vorsitzende der amerikanischen Slowakischen Liga²⁸, A. Mamatej, nahm an der Sitzung des Klubs am 6. Februar 1920 teil und legte die Ansichten seiner Organisation dar. Er beantragte, daß der Inhalt des Vertrages von Pittsburgh²⁹ in die Verfassungs-urkunde aufgenommen würde. Dem Inhalt nach wurde im Vertrag von Pittsburgh vereinbart, daß das tschechische und slowakische Volk in der Heimat künftig in einem gemeinsamen, selbständigen Staat leben sollten. Die Slowakei soll eine eigene Verwaltung, einen Landtag und Gerichte erhalten, und das Slowakische sollte als Amtssprache gelten. Der zukünftige tschechoslowakische Staat sei eine Republik und seine Verfassung auf demokratischen Grundlagen aufgebaut. Die näheren Modalitäten der Errichtung des selbständigen Staates sollten den befreiten Tschechen und Slowaken sowie ihren rechtmäßigen Vertretern überlassen werden.

Nach einer länger andauernden Debatte faßte der Klub folgenden Beschluß: „Die Slowakei ist durch das ehemalige ungarische Regime kulturell und materiell so geschwächt, daß sie außerstande ist, ihre Autonomie ohne tschechische Hilfe aufzubauen oder zu bewahren. Die Autonomie bürdet der slowakischen Bevölkerung außergewöhnlich hohe finanzielle Lasten auf. Der Slowakei steht noch keine genügende Anzahl von Intelligenz zur Verfügung, um Ämter und Schulen ausreichend zu besetzen.“ Den amerikanischen Slowaken wurde in dem Sinne geantwortet, daß die Autonomie der Slowakei durch das Gaugesetz vollständig sichergestellt sei. Mit der Bildung des im Gesetze vorgesehenen Gauverbandes in der Slowakei werde all dies realisiert werden, was der Vertrag von Pittsburgh beinhalte. Eine Ausnahme bilde der Landtag, „welcher sich aber bei den gegenwärtigen Verhältnissen nur zum Nachteil der Slowakei auswirken würde“³⁰. Am Ende des Beschlusses wurde noch ein historisch sehr bedeutender Absatz hinzugefügt: „Die besonderen sprachlichen, religiösen, kulturellen und materiellen Interessen der Slowakei werden durch die demokratisch gewählten slowakischen Abgeordneten . . . durch die brüderlichen Gefühle des tschechischen Volkes ausrei-

²⁸ Einer der slowakischen landsmännischen Vereine in den USA.

²⁹ Dieses Dokument ist als politischer Vertrag zu betrachten, der zwischen Prof. T. G. Masaryk, den Repräsentanten des Tschechischen Nationalausschusses im Exil und den Vertretern der tschechischen und slowakischen Organisationen in den USA am 30. Mai 1918 in Pittsburgh/Pensylvania zustandekam.

³⁰ Stenographischer Bericht von der 20. Sitzung der Nationalversammlung, 23. 1. 1919.

chend gewährleistet. Der Klub der slowakischen Abgeordneten sieht in diesen Institutionen die Garantie für die Wahrnehmung der Interessen des slowakischen Volkes, so wie sich das unsere amerikanischen Brüder vorgestellt hatten, als der Vertrag von Pittsburgh vereinbart wurde³¹.“

In der allgemeinen Debatte der Nationalversammlung, die durch die eingebrachten Gesetzentwürfe ausgelöst worden war, trat als offizieller Redner des Klubs der Abgeordnete Dr. Markovič (Sozialdemokrat) auf. Der Inhalt der einstimmig angenommenen Erklärung, die er in der Nationalversammlung verlas, stimmte mit jenem Beschluß überein, der den amerikanischen Slowaken zugeschickt worden war³². An der sich damals manifestierenden Einmütigkeit änderten die Vorbehalte, die im Namen der Vertreter der Slowakischen Volkspartei im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung vorgebracht wurden, nichts. In der schriftlich eingebrachten Erklärung wird festgestellt: „Die unterzeichnenden Abgeordneten . . . bezeugen, daß sie zwar ihr Einverständnis gegeben haben, die Entwürfe der Verfassungsgesetze aus höheren Interessen einstimmig anzunehmen . . . Damit haben sie aber ihre Forderung nach der Selbstverwaltung der Slowakei mit einem gesetzgeberischen Landtag nicht aufgegeben und wünschen eine Verwirklichung derselben in der Zukunft³³.“

Im großen und ganzen ist die Einstellung des Klubs zum Inhalt und zur Annahme der Verfassung als Ausdruck bestimmter nicht unbegründeter Befürchtungen aufzufassen. Die erreichte nationale Selbständigkeit der Slowaken war tatsächlich durch das Vorgehen Ungarns gefährdet. Bei diesen Überlegungen muß noch in Betracht gezogen werden, daß die Ambitionen Ungarns starke Unterstützung bei gewissen Bevölkerungsschichten der Slowakei fanden. Der Einfluß dieser Komponente konnte begrifflicherweise nicht von langer Dauer sein. Demgegenüber war für die Verfassung, entsprechend ihren Bestimmungen, eine langfristige Gültigkeit vorgesehen. Der Klub hatte deshalb einen ernsthaften Fehler begangen, weil er nicht versucht hatte, zumindest eine zufriedenstellende Regelung für jene Zeit vorherzustellen, in welcher alle in dieser Zeit vorhandenen politischen Hindernisse aus dem Weg geräumt sein werden. Die Begründung, daß im Gaugesetz die Frage der Selbstverwaltung der Slowakei geregelt würde³⁴, zeigte sich als politisch kurzfristig und juristisch unannehmbar, denn nach dem Vorhaben des Gesetzgebers sollte grundsätzlich nur die Möglichkeit der Teilnahme der Bevölkerung an der Verwaltung geregelt werden. Diese Schlußfolgerung ergibt sich auch aus der Debatte über den Entwurf des Gaugesetzes, in deren Verlauf unter anderem die Frage der staatsrechtlichen Stellung der Slowakei angeschnitten wurde. Während der Diskussion im Verfassungsausschuß hatten sich die Vertreter der Nationaldemokraten und der tschechischen Klerikalen ganz entschieden gegen die Verwirklichung des Gaugesetzes ausgesprochen. Dr. Kramář (Nationaldemokrat) verlangte stattdessen die Sicherstellung einer administrativen

³¹ ŠSÚA, Slovenská národná rada 1918—1920, Karton Nr. 7.

³² Stenographischer Bericht von der 125. Sitzung der Nationalversammlung, 27. 2. 1920.

³³ Slovák [Der Slowake], 3. 3. 1920, Nr. 37.

³⁴ Aus der Rede des Abgeordneten Dr. Markovič. Stenographischer Bericht von der 125. Sitzung der Nationalversammlung, 27. 2. 1920.

Autonomie für die einzelnen Länder, aus denen sich die Tschechoslowakei zusammensetzte. Er war der Ansicht, daß mit Inkrafttreten seines Antrages jene Stimmen aus der Slowakei eliminiert werden könnten, die eine politische Autonomie anstrebten³⁵. Der Vertreter der Tschechischen Volkspartei setzte sich ein für die Beibehaltung der mährischen Autonomie, die historisch begründet war³⁶. Der Verwirklichung von Dr. Kramářs Forderung widersetzten sich die Vertreter des Klubs, Dr. Medvecký und Dr. Dérer, ganz entschieden. Beide hielten die administrative Autonomie sogar für eine äußerst gefährliche Maßnahme, weil die Bestrebungen verstärkt würden, die eine Trennung der Slowakei von der Tschechoslowakischen Republik im Auge hatten.

Anläßlich der Besprechung des Wahlgesetzes und der kirchlich-politischen Gesetze in der Nationalversammlung kam es innerhalb des Klubs zu heftigen politischen Auseinandersetzungen. In beiden Fällen änderte sich das Kräfteverhältnis und das Zusammengehen der einzelnen Fraktionen jeweils im Rahmen des Klubs. Die Annahme des Entwurfes, der die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes vorsah, wurde zur ersten Belastungsprobe. Die Abgeordneten Dr. Šrobár, Dr. Hodža, M. Dula, Dr. Vanovič (Slowakische National- und Bauernpartei) und Dr. Ivánka (Nationaldemokratische Partei) sprachen sich gegen eine Erweiterung der demokratischen Grundsätze auf die Slowakei aus. Sie beantragten, daß die Durchführung der Wahlen auf bestimmte Zeit verschoben werde, daß den Frauen die Teilnahme an den Wahlen untersagt bliebe und das Mehrheitssystem eingeführt werde³⁷. Die Sozialdemokratische und die Slowakische Volkspartei hatten sich ganz entschieden für die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes eingesetzt. Nach heftigen Rednerduellen nahm der Klub den Regierungsentwurf an, dessen Kern progressive Grundsätze bildeten³⁸.

Bemerkenswert war, daß zu jenen Kräften, die für die Annahme dieses Entwurfes plädierten, zwei Fraktionen des Klubs gehörten, die zueinander in extremen Widersprüchen standen. Die Fraktion der Slowakischen Volkspartei setzte sich für das allgemeine Wahlrecht ein, in der Hoffnung, daß durch die Zulassung der Frauen zu den Wahlen ihre übertriebenen Ambitionen, eine führende Rolle im damaligen politischen Leben zu spielen, in Erfüllung gehen würden. Die Haltung der Sozialdemokraten in dieser Frage versteht sich von selbst. Wie aus

³⁵ Stenographischer Bericht von der 125. Sitzung.

³⁶ Stenographischer Bericht von der Sitzung des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung am 19. 2. 1920.

³⁷ Sitzungsprotokoll vom 12. 8. 1919. ANS, RNS — Slovenský klub. — Šrobár, V.: Politický problém Slovenska [Das politische Problem der Slowakei]. Preßburg 1926, S. 19—20.

³⁸ Mit 13 zu 12 Stimmen wurde der erste Punkt der Resolution mit diesem Wortlaut befürwortet: „Der Klub . . . ist der Ansicht, daß die Wahlen in die Nationalversammlung auf dem ganzen Gebiete der Republik durchzuführen sind.“ Der zweite Punkt: „Der Klub eignet sich den Regierungsentwurf des Wahlgesetzes an; auf Grund von ihm sollten dann die Proportionalvertretung festgelegt und geheime Wahlen durchgeführt werden“, wurde mit einem Stimmenverhältnis von 20 zu 5 angenommen. Dérer, I.: Za volebné právo Slovenska [Für ein Wahlrecht der Slowakei]. Preßburg 1919, S. 30 f. — D e r s.: Slovensko v prevrate a po ňom 40.

den Akten ersichtlich ist, waren sie mit ihrer Kompromißlosigkeit für die Annahme des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes verantwortlich.

Ein weiterer Gesetzentwurf betraf die Reform des Eherechtes. Die im Kampf um das Wahlrecht vorübergehend Verbündeten gingen auseinander. Die Vertreter der Slowakischen Volkspartei sprachen sich für die Aufhebung der Zivilehe und gegen die Legalisierung der Ehescheidung aus. Die Sozialdemokraten waren entgegengesetzter Meinung und verlangten noch zusätzlich die Aufhebung der Bestimmung des Gesetzes aus dem Jahre 1894, welches das Zölibat als Eheschließungshindernis sanktionierte. Das Ergebnis war ein Kompromiß, der im Vergleich zu früher, besonders für die Slowakei, einen Rückschritt bedeutete.

Im Rahmen ihrer parlamentarischen Tätigkeit ergriffen die slowakischen Abgeordneten öfters das Wort, um an der Arbeit der zentralen Regierungsstellen Kritik zu üben. Anlaß dazu waren einige Erscheinungen, die eine Gefährdung für das Zusammenleben von Tschechen und Slowaken darstellten. Die vorgebrachte Kritik war um so bemerkenswerter, als sie von jenen kam, die zu den konsequentesten Verfechtern der tschechoslowakischen Einheit zählten. In diesem Zusammenhang müssen an vorderster Stelle der Abgeordnete F. Votruba — tschechischer Nationalität — und Minister Dr. Šrobár erwähnt werden. Ersterer war einer der eifrigsten Vorkriegsteilnehmer im politischen und kulturellen Leben der Slowakei, letzterer einer der vorbehaltlosesten Anhänger des Zentralismus und einer der führenden Persönlichkeiten der „Regierungs Slowaken“³⁹.

Der Abgeordnete Votruba stellte auf Grund einer sehr objektiv durchgeführten Analyse der damaligen Verhältnisse der Slowakei fest, daß im Zusammenleben beider Völker — wie das die unzähligen Erscheinungen andeuteten — nicht alles in bestem Einklang war. Den Hauptgrund dafür sah der Abgeordnete Votruba in der Tatsache, daß die tschechischen Beamten und Unternehmer, die beruflich in der Slowakei tätig waren, die dortigen Verhältnisse nach den Kriterien der böhmischen Länder beurteilten. Dabei wurde der so wichtige Umstand nicht berücksichtigt, daß die Möglichkeit, in der Slowakei innerhalb kurzer Zeit einen funktionsfähigen Verwaltungsapparat aufzubauen, wie er in den böhmischen Ländern schon existierte, nicht vorhanden war⁴⁰.

Minister Šrobár wies auf weitere Ursachen für die immer häufiger werdenden Mißverständnisse hin. So beklagte er sich über große Unzulänglichkeiten in der Ernährungssituation wegen der unbegründeten Viehbeschlagnahmungen und über einen unnötig großen Menschenzustrom, der sich aus den böhmischen Ländern in die Slowakei ergoß⁴¹.

³⁹ Laut der Definition von J. K. H o e n s c h steht der Begriff Regierungs Slowaken „für die Anhänger einer Politik, die in der engen politischen und kulturellen Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Regierung die soziale und wirtschaftliche Lage in der Slowakei verbessern wollten und im Endeffekt eine weitgehende Angleichung von Tschechen und Slowaken zu ‚Tschechoslowaken‘ befürworteten“. Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/1939. Köln-Graz 1965, S. 3 Anm. 5.

⁴⁰ Stenographischer Bericht von der 72. Sitzung der Nationalversammlung, 16. 9. 1919.

⁴¹ Stenographischer Bericht von der 73. Sitzung der Nationalversammlung, 18. 9. 1919.

Die in Kürze angeführte Übersicht zeigt die Hauptformen der Tätigkeit des Klubs auf, des einzigen politischen Repräsentanten der Slowaken in der Nationalversammlung. Die nähere Analyse dieser Tätigkeit könnte den Eindruck erwecken, daß die slowakischen Abgeordneten nicht alle Möglichkeiten ausschöpften, die ihnen das parlamentarische Regime bot. Dieser Einwand, der teilweise begründet ist, erfordert einige erklärende Bemerkungen.

Besonders muß hervorgehoben werden, daß der Klub in seiner Zusammensetzung ziemlich tiefgreifende und schnell aufeinander folgende Änderungen erlebte. Die Mitgliedschaft vieler Abgeordneten war von kurzer Dauer, weil sie für wichtige Funktionen in den Staatsdienst berufen wurden, wo der Grundsatz der Inkompatibilität, der gleichzeitigen Ausübung der Funktion eines Staatsbeamten und Abgeordneten, zur Geltung kam. Außerdem waren mehrere von ihnen, die weiterhin auf ihrem Posten als Abgeordnete verblieben, mit anderweitiger verantwortungsvoller Arbeit so überbürdet, daß sie sich ihrer parlamentarischen Tätigkeit nur in beschränktem Maße widmen konnten.

Unzureichende Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Prag und der Slowakei waren ein weiteres Hindernis für eine intensivere Teilnahme der slowakischen Abgeordneten an den Parlamentssitzungen. Die Termine der regelmäßigen Parlamentssitzungen waren insbesondere für die slowakischen Abgeordneten sehr unvorteilhaft, weil sie immer auf Dienstag und Donnerstag fielen. Wenn dazu noch die Hin- und Rückreise von und nach Prag hinzugerechnet wird, die unter den damaligen Verhältnissen zwei Tage in Anspruch nahm, so ist die Schlußfolgerung berechtigt, daß auch diese Umstände sicherlich zur oftmaligen Abwesenheit der slowakischen Abgeordneten beitrugen. Es muß noch erwähnt werden, daß die unsichere politische und militärische Situation in vielen Fällen die Anwesenheit der Abgeordneten in der Slowakei zu der Zeit erforderte, zu welcher die Parlamentstagungen stattfanden. Trotz dieser objektiv vorhandenen Schwierigkeiten ist der Grund der Abwesenheit auch im subjektiven Bereich — und zwar im unzulänglichen Verantwortungsgefühl vieler Abgeordneter — zu suchen⁴².

Trotz der angeführten Schwierigkeiten, deren Ursachen hauptsächlich in der ungenügenden politischen Praxis der Klubmitglieder und der Heterogenität seiner Zusammensetzung zu suchen sind, leisteten die slowakischen Abgeordneten ein nicht zu unterschätzendes Stück Arbeit und trugen zweifellos zur Konsolidierung der Verhältnisse in der Slowakei Maßgebliches bei. Als Tatsache von historischer Tragweite ist noch zu vermerken, daß die Anzahl slowakischer Abgeordneter im

⁴² Diese beklagenswerte Erscheinung wurde von einigen slowakischen Abgeordneten sehr scharf verurteilt. Der damalige Sekretär des Klubs, der Abgeordnete Dr. Slávik, der dieses Problem in seinem an Dr. Šrobár gerichteten Schreiben vom 10. Januar 1919 aufgriff, ließ es sich nicht nehmen, nachfolgende Bemerkung zu machen: „Die Herren . . . müssen sich bewußt werden, daß das Abgeordnetenmandat keine Versicherungsgesellschaft ist, sondern Pflichterfüllung und Arbeit hier verlangt!“ ŠSÚA, Fond Dr. Šrobár, Karton Nr. 16. In ähnlicher Weise beurteilt auch der Abgeordnete Dr. Juriga die Lage in seinen Erinnerungen. J u r i g a, Dr. F.: Blahozvest kriesenia slovenského národa a Slovenskej krajiny [Die christliche frohe Botschaft des slowakischen Volkes und die slowakischen Landschaften]. Bd. 1. Tyrnau (o. J.), S. 189.

Parlament zum ersten Mal in der Geschichte annähernd der Bevölkerungszahl der Slowaken entsprach.

Am 15. April 1920 fand die letzte Sitzung der ersten Nationalversammlung statt. An diesem Tage beendete der Klub auch formell seine Tätigkeit.

Abkürzungen

- ANS = Archiv Národného shromaždení [Archiv der Nationalversammlung] Prag.
RNS = Revoluční národní shromaždení [Revolutionäre Nationalversammlung].
SdGuV = Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Tschechoslowakischen Republik.
ŠSÚA = Štátny slovenský ústredný archív [Staatliches slowakisches Zentralarchiv] Preßburg.